

**Zeitschrift:** Schweizerische Lehrerzeitung

**Herausgeber:** Schweizerischer Lehrerverein

**Band:** 77 (1932)

**Heft:** 51

**Anhang:** Der Pädagogische Beobachter im Kanton Zürich : Organ des kantonalen Lehrervereins : Beilage zur Schweizerischen Lehrerzeitung, 17. Dezember 1932, Nummer 21

**Autor:** Hardmeier, E. / Siegrist, Ulr. / Sattler, K.

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 10.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# DER PÄDAGOGISCHE BEOBACHTER IM KANTON ZÜRICH

ORGAN DES KANTONALEN LEHRERVEREINS • BEILAGE ZUR SCHWEIZERISCHEN LEHRERZEITUNG

17. DEZEMBER 1932 • ERSCHEINT MONATLICH

26. JAHRGANG • NUMMER 21

Inhalt: Nachruf des Präsidenten auf Ulrich Kollbrunner und Ernst Reithaar (II) – Aus dem Erziehungsrat (Schluß) –  
Kant. Zürch. Verband der Festbesoldeten: Jahresbericht 1931 – Sekundarlehrerkonferenz des Kantons Zürich

## Nachruf des Präsidenten auf Ulrich Kollbrunner und Ernst Reithaar

an der außerordentlichen Delegiertenversammlung des  
Z. K. L.-V. vom 29. Oktober 1932 in Zürich.

### II.

Am 21. August, nachts 10 Uhr, starb im Kantons-spirit in Zürich an einer Lungenentzündung, die der bereits an den Folgen einer heimtückischen, unheil-baren Krankheit und von Gehirnblutungen schwer kranke Körper nicht mehr zu überstehen vermochte, **Ernst Reithaar**. Mit ihm haben die zürcherische Schule und ihre Lehrer einen wackeren, für ihre Interessen stets mit Eifer und Mut eintretenden Mann verloren.

Unser Freund und Kollege stammte aus dem Zürcher-oberland, wo er am 5. November 1880 als Sohn eines Seidenfegers in Wald geboren wurde und mit drei Geschwistern aufwuchs. Leider starb der Vater schon 1884 an einer Blutvergiftung, und der Stiefvater brachte dem Knaben wenig Liebe und Verständnis entgegen. Nachdem er im Frühjahr 1900 mit gutem Erfolge in Küsnacht die Primarlehrerprüfung bestanden, kam er als Verweser nach Girenbad am Bachtel, von wo er zwei Jahre später an die Fortschule in Andermatt berufen wurde. Hierauf amtete er seit 1904 zuerst ein Jahr als Verweser und sodann als gewählter Lehrer an der Primarschule in Zürich 3, wo er bald ein reiches Arbeitsfeld fand. „Er erblickte die Aufgabe eines Lehrers und Erziehers nicht nur darin“, sagt ein Freund von ihm in der Schweizerischen Lehrerzeitung, „seinen Schülern die nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten für das praktische Leben zu vermitteln und sie zu fleißigen und guten Menschen zu erziehen; ihm lag auch am Herzen, neben der eigentlichen Schularbeit gesundere häusliche Verhältnisse für die Kinder aus den Arbeiterkreisen zu schaffen. Bei diesen gemeinnützigen Bestrebungen kam er bald in Berührung mit gleichgesinnten Männern und Frauen. Mitzuarbeiten an der dringenden Lösung der sozialen Frage wurde ihm zu einer Lebens-aufgabe. Wie manchen Abend, wie manchen Sonntag widmete er dem Studium sozialpädagogischer Fragen. In zahlreichen Vorträgen und Besprechungen hat er in uneigennütziger Weise zum Wohl der Jugend und vieler geplagter Mitmenschen eifrig gewirkt.“

Leider wurde seine Lehrtätigkeit wiederholt durch Krankheiten unterbrochen. Schon in den Jahren 1907 und 1908 war er genötigt gewesen, in den Sanatorien Wald und Clavadel Heilung zu suchen. Obwohl er gut ausgeheilt in den Schuldienst zurückkehrte, mußte er sich stets schonen, und seit Jahren brachte er seine Ferien meistens in seinem geliebten Ascona am Langen-see zu. Mehrmals mußte er aber in den letzten Jahren seine Tätigkeit doch wieder aussetzen, und vor etwa

anderthalb Jahren war er zu seinem großen Schmerz gar gezwungen, die Arbeit ganz aufzugeben. Noch dieses Frühjahr hoffte er dann aber doch wieder, eine neue 4. Klasse übernehmen zu können; allein seine Kräfte reichten nicht mehr aus, und mit Beginn der Sommer-ferien verschlimmerte sich sein Krankheitszustand mehr und mehr. Umsonst war die liebevolle, auf-opfernde Pflege seiner Schwester; er mußte in den Spital verbracht werden. Hoffnung auf Genesung bestand nicht mehr, so daß ihm der Tod, wie sein Freund Kantonsrat Georg Meyer an der Totenfeier im Krematorium in Zürich sagte, „nicht ein will-kommener Gast, aber ein Erlöser vom schmerzen-reichen Krankenlager“ war.

Ernst Reithaar war überzeugter Sozialdemokrat. Durch seine rege Anteilnahme an den sozialen Fragen und seine selbstlose Hingabe für die Sache des Sozialis-mus gewann er das uneingeschränkte Vertrauen seiner Parteigenossen, die ihn vorerst in die Leitung ihrer Vereinigung im Kreise 3 beriefen, die er viele Jahre inne hatte, und von 1921 bis 1931 gehörte er der Kantonalen Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei an, von 1926 bis 1930 als deren Präsident. Im Jahre 1917 wurde er Mitglied des Kantonsrates, aus dem er 1931 nach vierzehnjähriger Tätigkeit aus Gesundheitsrücksichten seinen Rücktritt nahm. Seine Fraktionskollegen delegierten ihn in verschiedene wichtige Kommissionen; ganz besondere Freude und Genugtuung bereitete ihm die am 16. Dezember 1929 erfolgte Wahl als Nachfolger des verstorbenen Pfarrer Reichen in den Erziehungsrat, von dem er in die Kommission für den Kantonalen Lehrmittelverlag gewählt wurde, und auf Vorschlag der Erziehungs-direktion berief ihn der Regierungsrat in die Hoch-schulkommission. Leider war es ihm aber krankheits-halber nur bis zum 26. Oktober vergangenen Jahres vergönnt, in der kantonalen Erziehungsbehörde zu wirken.

Auch in den Lehrerkreisen genoß Ernst Reithaar großes und verdientes Ansehen. Durch sein mutiges und unermüdliches Einstehen für die Angelegenheiten der Schule und ihrer Träger, aber auch durch sein freundliches und bescheidenes Wesen, seine heitere und humorvolle Art machte er sich überall beliebt, und so wählte ihn denn die Sektion Zürich 1922 als Abgeordneten in die Delegiertenversammlung des Z. K. L.-V., der er bis zu seinem Tode angehörte und wo er sich stets mit Eifer an ihren Angelegenheiten beteiligte. Überall, wohin ihn das Vertrauen berief, hat er seinen Mann gestellt. So haben auch wir allen Grund, ihm heute für alles zu danken, was er für uns getan. Das Beileidsschreiben, das wir der Trauerfamilie zugehen ließen, möchte ihr zeigen, was der Verstorbene uns gewesen ist. Es lautet:

Uster und Zürich, den 22. August 1932.

Sehr geehrte Trauerfamilie! Tief bewegt vernahmen wir die Trauerkunde vom Hinschide unseres geschätzten Kollegen Ernst Reithaar, Lehrer in Zürich 3.

Wir verlieren in ihm allzufrüh einen Mann, der immer mit Interesse mitgearbeitet hat für die Ziele der zürcherischen Lehrerschaft. Eine Reihe von Jahren hat er seine Kraft dem Zürch. Kant. Lehrerverein als Delegierter zur Verfügung gestellt. Als Mitglied des Erziehungsrates und des Kantonsrates in früheren Jahren fand er Gelegenheit, für die Bestrebungen der Volksschule einzutreten. Es ist uns eine schmerzliche Pflicht, den Dank des Verbandes an der Bahre des Verstorbenen auszusprechen für seine Dienste, die er ihm geleistet hat.

Für seine Angehörigen kann es ein Trost sein, zu wissen, daß das Geschick den Verblichenen vor schwerem Siechtum bewahrt hat.

Gestatten Sie, sehr verehrte Trauerfamilie, daß wir im Namen der zürcherischen Lehrerschaft Ihnen unser tiefes Beileid ausdrücken.

Namens des Vorstandes des Z. K. L.-V.:

Der Präsident: *E. Hardmeier*.

Der Aktuar: *Ulr. Siegrist*.

Der Vorstand des Z. K. L.-V. war an beiden Trauereiern durch eine Abordnung vertreten, um den verstorbenen Kämpfern die letzte Ehre zu erweisen. Wir legten als Zeichen unserer Liebe und Hochachtung einen Kranz mit Schleife und Widmung auf ihren Sarg. Sie, verehrte Delegierte, lade ich ein, sich zu Ehren der beiden verstorbenen Freunde und Kollegen von Ihren Sitzen zu erheben.

## Aus dem Erziehungsrat

2. Quartal 1932

(Schluß)

15. Da weder vom Bunde noch von Kantonen an die auf etwa 350 000 Fr. berechneten Kosten für die Erstellung eines neuen Sekundarschulatlases Subventionen zu erwarten waren, wurde der kantonalen Erziehungsbehörde ihrem Verlangen gemäß, gestützt auf die Beratungen der vom Erziehungsrat bestellten Redaktionskommission vom 9. Januar 1932 und der in gemeinsamer Tagung mit der interkantonalen Sekundarschulatlaskommission am 16. März gefassten Beschlüsse ein zweites, wesentlich vereinfachtes Programm zu einem neuen *Atlas für Sekundarschulen der deutschen Schweiz* vorgelegt, das von Prof. Ed. Imhof in Anlehnung an die ersten Vorschläge vom 6. Mai 1931 aufgestellt worden war. Darnach sind bei gleicher Blätterzahl von 80 nur ungefähr ein Drittel der Karten des gesamten Werkes neu zu zeichnen, während zwei Drittel mit unbedeutenden Änderungen aus dem neuen Mittelschulatlas herübergenommen werden können. Dadurch werden aber, und das war ja der Grund der Aufstellung eines neuen Programmes, die Erstellungs-kosten gegenüber dem ersten Projekt um etwa einen Dritt, d. h. auf 210 000 Fr. herabgesetzt; auch kann so das Lehrmittel voraussichtlich schon auf das Frühjahr 1934 zur Ausgabe bereitgestellt werden. Das Werk wird auch in dieser Ausführung die Sekundarlehrerschaft voll befriedigen, weist doch nach dem Urteil der Sachverständigen das zweite Programm wesentliche Vorteile gegenüber dem ersten auf. In der Sitzung des Erziehungsrates vom 24. Mai wurde denn auch das neue Programm einstimmig gutgeheißen.

16. Das Schulkapitel Pfäffikon, das im vergangenen Winter in Pfäffikon und Bauma unter Leitung von Paul von Moos, Lehrer in Winterthur, je einen Kurs zur *Einführung in die Hulligerschrift* durchführte, erhielt an die entstandenen Kosten von 427 Fr. einen Staatsbeitrag von 300 Fr. Der Kurs in Pfäffikon wurde von 27, derjenige in Bauma von 21 Lehrern und Lehrerinnen besucht; beide Kurse umfaßten je neun Übungen zu vier Stunden.

17. Dem Pestalozianum Zürich wurde an die auf etwa 1300 Fr. veranschlagten Kosten der Veranstaltung einer in Verbindung mit der Gesellschaft schweizerischer Zeichenlehrer vom 19. bis 23. Juli 1932 in Aussicht genommenen *Tagung für neues Zeichnen* der nachgesuchte Staatsbeitrag von 400 Fr. gewährt.

18. Auf den Bericht und Antrag der erweiterten Kommission für den Kantonalen Lehrmittelverlag beschloß der Erziehungsrat am 24. Mai, den von Lehrer J. Oberholzer in Stallikon verfaßten Entwurf für den *Buchführungsunterricht an landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen* vom Staatsverlag zur Herausgabe zu übernehmen. Analog den Lehrmitteln für die Volksschulen soll auch diese Vorlage, die auf Beginn des Wintersemesters 1932/33 zum Bezug bereit sein wird, probeweise eingeführt werden.

19. Gemäß Beschuß des Erziehungsrates vom 24. Mai soll die *Festschrift zur Jahrhundertfeier der zürcherischen Schule* in drei Bänden herausgegeben werden, von denen der erste Band der Volksschule, der zweite der Mittelschule und der dritte der Universität gewidmet sein wird. Die Gratisabgabe der Festschrift kann nur für Ehrengäste in Frage kommen; der Lehrerschaft soll die Anschaffung des Werkes durch Ansetzung eines stark herabgesetzten Subskriptionspreises erleichtert werden.

20. Zum Schlusse sei noch von der *Errichtung neuer Lehrstellen* berichtet. – An der Schule Wolfhausen der Schulgemeinde Bubikon wurde auf Mai 1932 eine dritte Lehrstelle geschaffen, was folgende Klassenzuteilung ermöglichte: 1. Abteilung mit Klassen 1 und 2 = 53 Schüler; 2. Abteilung mit Klassen 3 und 4 = 40 Schüler; 3. Abteilung mit Klassen 5 und 6 = 42 Schüler. – Laupen bei Wald, wo man auf Beginn des neuen Schuljahres mit 170 Schülern rechnete, wurde die vierte Lehrstelle bewilligt, nachdem die Bestrebungen der Schulpflege, durch Zuweisung der beiden oberen Klassen nach Wald die Schule Laupen zu entlasten, am Widerstand der Bevölkerung gescheitert waren. – Altstetten, wo die Klassen 1 bis 3 durchschnittlich 45 Schüler und die von 4 bis 6 deren 43 zählten und wo mit einem starken Anwachsen der Schülerzahlen gerechnet wurde, erhielt die Bewilligung zur Errichtung von zwei neuen Lehrstellen, die in den 4. und 6. Klassen Bestände von 30 beziehungsweise 37 Schülern ermöglichen. – An der Sekundarschule Wil, wo die Pflege auf Beginn des neuen Schuljahres mit einer Schülerzahl von mindestens 43 rechnete, wurde eine zweite Lehrstelle geschaffen, und für Bülach die Errichtung einer fünften Sekundarlehrerstelle genehmigt. – Noch sei bemerkt, daß es sich bei sämtlichen Lehrstellen um provisorische handelt.

## Kantonalzürcherischer Verband der Festbesoldeten

Jahresbericht 1931.

Das abgelaufene Jahr kann in der Chronik unseres Verbandes nicht mit freundlichen Farben geschildert

werden. Stand das Gespenst schwerer Wirtschaftsnot schon länger vor unsrer Landesgrenzen, so konnte es im abgelaufenen Jahr in diese einbrechen. Wirtschaftliche Not aber bedeutet für die Festbesoldeten Gefährdung ihrer Arbeitsbedingungen. Wir wollen dem Schicksal dankbar sein dafür, daß es unser Land, welches so klein und bescheiden dasteht, nicht als erstes mit seinen Schlägen bedacht hat. Auch dafür wollen wir ihm dankbar sein, daß diese Not in unsrern Grenzen vorläufig noch nicht so ist, daß wir als Volk außerstande wären, ihre größten Härten zu mildern. Geraten die Arbeitgeber in wirtschaftliche Schwierigkeiten, so übertragen sich diese immer auf die Arbeitnehmer. Hierin macht der öffentliche Arbeitgeber nur einen Unterschied im Tempo. Die Privatangestellten, mit denen uns so viele Fäden verbinden, sind schon in weitem Maße Leidtragende des schlechten Geschäftsganges ihrer Brotherren geworden. Die Arbeitsbedingungen der Festbesoldeten sind in unserer engern Heimat noch nicht geändert worden, auch diejenigen unserer Kollegen aus den Bundesbetrieben nicht.

Solche Zeiten sind für Verbände gewerkschaftlichen Charakters dadurch gekennzeichnet, daß Aktionen, welche auf Fortschritte hinsichtlich Arbeitsbedingungen hinzielen, unterbleiben. Die Verbandsorgane haben die Pflicht, die Zeitläufe und ihre Erscheinungen sorgfältig zu verfolgen und alles zusammenzutragen, was dazu dienen kann, Angriffen auf die gegenwärtigen Positionen zweckdienlich zu begegnen. Unter besonderem Traktandum werden wir Ihnen über heutige Wirtschaftsfragen referieren und Anträge stellen.

Der Zentralvorstand versammelte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr dreimal, der Leitende Ausschuß viermal.

Im Oktober 1931 war Stellung zu beziehen zu den Nationalratswahlen. Schon bei früheren Wahlgängen gingen wir hiebei gemeinsam mit den Privatangestellten vor, um je eine eigene Vertretung in die oberste gesetzgebende Landesbehörde entsenden zu können. Wir unterstützten ihren Kandidaten Schmid-Rüedin; sie halfen unsrer Kandidaten aus Festbesoldetenreihen Hardmeier durchzubringen. Unsere Haltung anlässlich der Nationalratswahlen hat immer schon lebhaften Meinungsverschiedenheiten gerufen. Die Verbandsstatuten schreiten politische Neutralität vor. Dieser Begriff hat aber noch keine eindeutige, zweifelsfreie Definition erfahren. Wir sehen das auch bei andern, als Wahlfragen. Was der eine als reine Wirtschaftsfrage anspricht, ist für den andern politische Angelegenheit. Bei Proporzwahlen ist politische Neutralität der Kandidaten unmöglich. Greifen wir für einen Kandidaten ein, so unterstützen wir wenigstens indirekt dessen Partei, auch dann, wenn wie in unsem Falle, hinter dieser Unterstützung eine lange Tradition steckt und der Unterstützte recht eigentlich als Vertreter der Unterstützenden in erster Linie betrachtet werden darf und er daraus auch kein Hehl macht.

Schon im Oktober 1931 wurden zwischen Vertretern des Privatangestelltenkartells und solchen unsres Verbandes Verhandlungen gepflogen über gemeinsames Vorgehen bei der Nationalratswahl. Die Privatangestellten wünschten, daß wir durch ein gemeinsames Flugblatt unsere beiderseitigen bisherigen speziellen Vertreter, die Nationalräte Hardmeier und Schmid-Rüedin unterstützen würden. Die Position dieser beiden Arbeitnehmervertreter konnte gefährdet sein durch die

Maßnahmen der Partei, auf deren Liste sie standen und die in Kumulation von fünf Kandidaten bestand. Die Festbesoldeten haben sicherlich ein großes Interesse am Verbleiben der beiden Männer im Rate. Unser unerschütterlich verteidigter Standpunkt, auf einem gemeinsamen Flugblatt unter allen Umständen die Erwähnung einer politischen Partei zu vermeiden, siegte schließlich auch bei den Privatangestellten. Drei Jahre vorher noch war dies gegenüber den Privatangestellten nicht zu erreichen gewesen, so daß damals ein gemeinsames Vorgehen nicht ermöglicht wurde. Immer war es unsre Politik, mit den Privatangestellten in gutem Einvernehmen zu leben. Wir verfolgen zumeist die gleichen Interessen. Die großen Ziele der öffentlichen Angestellten müssen zumeist in Volksabstimmungen erkämpft werden. Bei solchen aber haben wir die Unterstützung der Privatangestellten unbedingt nötig. Ich erinnere daran, daß 1926 die Staatsangestellten, unsre große Sektion, ihr lang ersehntes Ziel, die Schaffung einer Versicherungskasse, ohne die loyale Mithilfe der Privatangestellten kaum erreicht hätten. Wir werden immer wieder in ähnliche Situationen kommen. Es kann uns gerade in der heutigen Zeit nicht gleichgültig sein, wenn die Privatangestellten mißmutig erklären, sie müßten für unsre Interessen immer Vorspanndienste leisten, ohne Gegendienste erwarten zu können. Sie begreifen deshalb unsre Entschlüsse in bezug auf die Nationalratswahlen, wenn immer möglich gemeinsam vorzugehen.

Über dieses Vorgehen hatte endgültig der Zentralvorstand zu entscheiden. Als dieser zusammentrat, hatten die Privatangestellten in den Aufruf, den wir gemeinsam entworfen hatten, als weitern speziellen Vertreter aus ihren Reihen die Nomination Horand aufgenommen. Damit war gegenüber den gemeinsamen Vorverhandlungen eine etwas veränderte Situation entstanden. Wenn es sich auch um einen wirklichen Standesvertreter handelte, so gehörte dieser wieder der gleichen politischen Partei an, wie die zwei bisherigen Nominierungen. Diese Erweiterung über das bisherige hinaus mußte uns wieder den Vorwurf eintragen, einseitig eine politische Partei indirekt zu unterstützen. In den Zentralvorstandssitzungen zeigte sich die Tendenz, die Erweiterung auf möglichst alle Parteien auszudehnen, um absolute Neutralität zu wahren. Aus den Reihen der Sozialdemokraten die Person auszusuchen, welche für uns als Festbesoldete besonderes Interesse hatte, war nicht schwer. Dr. Gasser war Festbesoldeter, zudem bei unsem Verband organisiert. Es zeigte sich aber, daß unsre Kollegen aus der Bundesbahn in diesem Falle darauf hätten beharren müssen, auch ihren Spezialvertreter Kägi aufzunehmen in den Aufruf. Obwohl nicht Festbesoldeter, argumentierten unsre erwähnten Kollegen, würden es ihre Leute nicht verstehen, nur für Gasser, nicht aber auch für Kägi mobilgemacht zu werden. Auch aus den Reihen der freisinnigen Kandidaten wäre eine Festbesoldennomination möglich gewesen. Wir konnten aber mit dem Betreffenden nicht in Verhandlungen treten, weil er im Ausland weilte. Nach langen Debatten mußten wir unter großem Bedauern uns entschließen, das Zusammensehen mit den Privatangestellten, den gemeinsamen Aufruf, zu unterlassen und beim bisherigen Modus zu verbleiben: Empfehlung von Hardmeier und Schmid-Rüedin in eigenem Aufruf, ohne Erwähnung einer politischen Partei. Für dieses Vorgehen hatten wir die Sanktion der Delegierten und

die Tradition. Ohne außerordentliche Delegiertenversammlung hätte sich der Zentralvorstand nicht zu neuen Wegen entschließen können. Natürlich war vorher geplant, auch Inserate gemeinsam mit den Privatangestellten erscheinen zu lassen. Die Wirkung wäre eine größere gewesen, die Kosten kleiner. Da aber die Privatangestellten auf ihrem erweiterten Aufruf, auf welchem auch noch Weber in Kempten Aufnahme gefunden hatte, beharrten, entschlossen wir uns, es bei unserm Aufruf bewenden zu lassen und auf Inserate zu verzichten. Wir wollten damit in den Augen der Öffentlichkeit den Eindruck vermeiden, als bestehe zwischen uns und den Privatangestellten eine Rivalität.

Die Delegiertenversammlung 1930 hatte seinerzeit beschlossen, der Verband solle für die neue Eingemeindungsvorlage eintreten, indem diese nicht mehr als politische Frage betrachtet werden könne. Als die Abstimmung heranrückte, hatte noch keine Partei offiziell die Verwerfungsparole ausgegeben. Wir aber trauten dem Frieden nicht. Wir wußten, daß unsichtbare Kräfte im letzten wirkungsvollen Moment auftreten würden, daß eine große unoffizielle Gegnerschaft bestand. Wir wußten auch, daß dieser Société anonyme die nötigen Geldmittel zur Verfügung stehen würden, im letzten Moment einen großzügigen Verwerfungsfeldzug zu führen. Wir beschlossen deshalb, zu tun, was in unsrern Kräften stand. Wir erließen ein Zirkular, das jedem Festbesoldeten zugestellt wurde, mit der Aufforderung, für die Vorlage bei der Abstimmung einzutreten.

In diesem gleichen Zirkular forderten wir unsere Mitglieder auch auf, die damals zirkulierenden Listen für das Referendum gegen das Bundesgesetz über die Alters- und Hinterbliebenenversicherung nicht zu unterzeichnen. Als dieses dann doch zustande kam, war es für unsere Verbandsleitung eine Selbstverständlichkeit, in unsrern Kreisen das Mögliche zu tun, dem Gesetz zu ehrenvoller Annahme zu verhelfen. Gemeinsam mit den Privatangestellten haben wir in allen in Betracht kommenden Blättern aufgefordert, für das Gesetz einzutreten. Leider ist es dann zu einer für unser Volk sehr wenig ehrenvollen Verwerfung gekommen. Über die Trübsal ob dieser Verwerfung kann uns nur einigermaßen die Wahrscheinlichkeit trösten, daß die kommenden wirtschaftlichen Nöte, die Finanzlage der öffentlichen Hand wohl auf lange Jahre hinaus die Inkraftsetzung verunmöglicht hätten.

Die Frage des Zusammenschlusses auf eidgenössischem Boden wird in einem besonderen Traktandum behandelt, so daß sich hier Einzelheiten erübrigen. Die Frage ist heute noch nicht so weit gelöst, daß wir Ihnen Anträge stellen könnten.

Ich nehme an, daß Sie über kleinere Geschäfte, welche der Leitende Ausschuß behandelte, hier keine Rechenschaft fordern wollen.

Immer wieder wird in unsrern Reihen die Frage aufgeworfen, ob der Festbesoldetenverband eine Notwendigkeit sei. Es ist zuzugeben, daß die Möglichkeit zu bestehen scheint, bei der Struktur unseres Verbandes auch durch das Mittel des Platz- oder Kantonskartells, das von Fall zu Fall in Aktion tritt, Festbesoldetenziele zu erreichen. Aber sicher ist eines: die heutigen Zeiten sind keineswegs geeignet, an solche Fragen heranzutreten. Der Festbesoldete soll froh sein, wenn Kollegen frühere Jahre benutzt haben, eine Organisation zu schaffen. Nur starkes gemeinsames Handeln kann heute für ihn Schlimmes abwenden. In besseren Zeiten können

dann wieder einmal Organisationsfragen aufgerollt werden.

Hinter uns liegt ein Jahr zunehmender Verdüsterung. Vor uns aber liegt schwerster Sturm. Es hat keinen Sinn, heute noch hinsichtlich unserer Anstellungsbedingungen, hinsichtlich unserer Löhne namentlich, Vogelstraußpolitik treiben zu wollen: sie sind in Gefahr. Wenn auch von höchster Stelle aus uns bedeutet wird, die Frage um unsere Löhne nicht diskussionsweise ins Volk hinauszutragen, so müssen wir rechtzeitig Stellung beziehen; wir wollen uns nicht überrumpeln lassen. In Winterthur ist die Frage bereits öffentlich gestellt, ob die Bezüge unserer Kollegen aus der Stadtverwaltung nicht zu kürzen seien. Die Antwort wird erteilt werden müssen. Wir haben das Unserige dazu beizutragen, daß dort und anderwärts eine solche Beantwortung vernünftig geschehe. Wir haben unsere Kräfte mobil zu machen, unsere Positionen zu verteidigen. Wir haben auch bisher keinem übertriebenen Lebensstandard frönen können. Wir waren zufrieden in Bescheidenheit. Man billigte uns zu, was wir fordern durften. Soll das Rad der Entwicklung nun wieder zurückgedreht werden? Das wird unweigerlich geschehen, wenn wir uns nicht zu wehren wissen. Dem Verband steht harte Arbeit bevor. Wir werden ihr nicht ausweichen. Aber es muß in unsrern Reihen das Gefühl vorhanden sein, daß wir fest und treu zusammenstehen wollen. Das möge als Leitmotiv heutiger Verhandlungen in die Sektionen hinausgetragen werden. Der Präsident: Prof. K. Sattler.

## Sekundarlehrerkonferenz des Kantons Zürich

Vorstandssitzung vom 17. September 1932.

1. Der Vorstand nimmt Kenntnis von den Verhandlungen im städtischen Sekundarkonvent über die *obligatorische Sekundarschule*.

2. Die Geschäfte der *Jahresversammlung* werden bereinigt. Durch eine Umfrage sollen die Kollegen Gelegenheit erhalten, sich zum Versammlungsort auszusprechen.

3. In der Arbeit am *Geschichtslehrmittel* wird Zürich laut Mitteilung des Lehrmittelverlags eigene Wege gehen, immerhin unter Berücksichtigung der Wünsche anderer Kantone.

β.

Vorstandssitzung vom 19. November 1932.

1. Die Erziehungsdirektion teilt mit, daß ein Versuch mit dem *Grammatikbuch von Lüscher* erst bewilligt werden kann, wenn der Vorrat von Utzinger aufgebraucht ist.

2. Die *geographischen Skizzenblätter* werden auf das Frühjahr von Eglis Erben übernommen und die Kommission beauftragt, den Inhalt der neuen Blätter zusammenzustellen und die Herausgabe vorzubereiten.

3. Für das *Jahrbuch 1933* werden aus den zahlreichen angemeldeten Arbeiten einige Beiträge für beide Fachgruppen ausgewählt.

4. Das *Arbeitsprogramm für 1933* wird festgelegt. Außer der Jahresversammlung sind ein bis zwei außerordentliche Tagungen zu erwarten.

5. Mit den *Bezirkskonferenzen* wird zur Durchführung des Arbeitsplans in nächster Zeit engere Fühlung genommen.

6. Im Sitzungszimmer kann ein *Archivschrank* aufgestellt, der Bestand an Jahrbüchern aus einem Nachlaß ergänzt werden.

β.